

## Fragen

für die Fragestunde der 25. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 2. April 2014

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Marieluise (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	20	Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 34
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	31	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	8, 32
Behrens, Herbert (DIE LINKE.) .....	2, 33	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	6, 13
Bellmann, Veronika (CDU/CSU) .....	1, 7	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	3, 4
Dr. Brantner, Franziska (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	39, 40	Künast, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	54
Brugger, Agnieszka (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	52, 53	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	48, 49
Buchholz, Christine (DIE LINKE.) .....	23, 24	Mattfeldt, Andreas (CDU/CSU) .....	14, 15
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.) .....	25, 26	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	37, 38
Dr. Gambke, Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	11	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	41, 42
Groth, Annette (DIE LINKE.) .....	18, 19	Dr. Strengmann-Kuhn, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	43, 44
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.) .....	9, 29	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	21, 22
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	5	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.) .....	35, 36
Höger, Inge (DIE LINKE.) .....	16, 17	Dr. Verlinden, Julia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	10
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	50, 51	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.) .....	46, 47
Hunko, Andrej (DIE LINKE.) .....	27, 28		
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.) .....	30, 45		

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung . . . . .	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie . . . . .	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts . . . . .	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern . . . . .	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz . . . . .	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen . . . . .	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales . .	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft . . . . .	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung . . . . .	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend . . . . .	17

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

1. Abgeordnete  
**Veronika Bellmann**  
(CDU/CSU) Inwiefern soll beim neuen Patientenrechtegesetz die Problematik der überdurchschnittlich gestiegenen Haftpflichtprämien für Kliniken insbesondere für Belegärzte in der Geburtshilfe und für angestellte bzw. freiberuflich tätige Hebammen Beachtung finden, bzw. welche Auswirkungen wird ein weiterentwickeltes Patientenrechtegesetz auf vorgenannte Berufsgruppen haben?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur**

2. Abgeordneter  
**Herbert Behrens**  
(DIE LINKE.) Welchen Stellenwert misst die Bundesregierung dem am 26. März 2014 vorgestellten Gutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU) „Fluglärm reduzieren – Reformbedarf bei der Planung von Flughäfen und Flugrouten“ bei der Erarbeitung ihres im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD angekündigten Luftverkehrskonzeptes bei, und wie wird der SRU konkret in diesen Arbeitsprozess eingebunden?
3. Abgeordneter  
**Stephan Kühn**  
(Dresden)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Trifft es zu, dass ein leitender Beamter im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) im Zuge des Verdachts der sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz von seiner Funktion in einem Referat abberufen wurde bzw. werden soll (vgl. General-Anzeiger Bonn vom 22. März 2014), nicht aber von seiner Funktion in einem anderen Referat, und wenn ja, warum nicht?
4. Abgeordneter  
**Stephan Kühn**  
(Dresden)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Trifft es zu, dass im BMVI einzelne Verbindungsdaten von dienstlichen Mobiltelefonen und Festnetzanschlüssen gespeichert und ausgewertet werden (vgl. General-Anzeiger Bonn vom 22. März 2014)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,  
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

5. Abgeordnete  
**Britta  
Haßelmann**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch wird der kommunale Eigenanteil für den Abruf der Mittel aus dem Programm „Soziale Stadt“ (Zwischenbericht des Staatssekretärsausschusses vom 18. März 2014, Seite 9) sein, und wie soll sichergestellt werden, dass auch besonders finanzschwache Kommunen, beispielsweise solche im Haushaltssicherungsverfahren, diese Mittel abrufen können, wenn sie nicht ihren Eigenanteil leisten können?
6. Abgeordneter  
**Oliver  
Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wird sich die Bundesregierung bei der belgischen Regierung für die endgültige Abschaltung der aufgrund von unerwarteten Ergebnissen bei den Sicherheitstests am 25. März 2014 erneut abgeschalteten Atomkraftreaktoren Tihange 2 und Doel 3 einsetzen (bitte begründen), und welche konkreten Schritte wird sie diesbezüglich unternehmen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung  
und Forschung**

7. Abgeordnete  
**Veronika  
Bellmann**  
(CDU/CSU)
- Welche zukünftigen Vorhaben bzw. laufenden Programme der Bundesregierung dienen der Unterstützung der Kinderbetreuung in Kindertagesstätten, bei Tagesmüttern u. a. Betreuungsformen im Hinblick auf Erst- und Weiterqualifizierung der Erzieher/-innen, und inwiefern könnte die Einführung einheitlicher Bildungsstandards oder einer einheitlichen Erzieherausbildung ggf. an staatlichen Studienakademien im Turnuswechsel zwischen Theorie- und Praxisausbildung eine sinnvolle Perspektive sein?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

8. Abgeordnete  
**Sylvia Kottling-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die Strategische Umweltprüfung in Namibia für den nachhaltigen Abbau von Uran unterstützt, und wie sieht die Bundesregierung dieses Projekt im Lichte des beschlossenen Atomausstieges?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie**

9. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(DIE LINKE.)
- In welchem Umfang haben nach Kenntnis der Bundesregierung Unternehmen aus Deutschland Aufträge für Bau- und andere Investitionsvorhaben im Zusammenhang mit der Fußball-Weltmeisterschaft im Jahr 2014 sowie mit den Olympischen und Paralympischen Sommerspielen im Jahr 2016 in Brasilien erhalten, und in welcher Weise nimmt die Bundesregierung Einfluss auf die Sicherung von deutschen Arbeits-, Umwelt- und Sicherheitsstandards bei diesen Unternehmen (sofern die deutschen Standards über den brasilianischen Standards liegen)?
10. Abgeordnete  
**Dr. Julia Verlinden**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Stimmt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Risiken für Umwelt und Gesundheit, der Zweifel an der tatsächlich wirtschaftlich förderbaren Gasmenge aus unkonventionellen Erdgaslagerstätten in Deutschland (Sachverständigenrat für Umweltfragen, Gutachten vom Mai 2013 zum Fracking) den unter anderem in der „Rheinische Post“ am 24. März 2014 geäußerten Ansichten des EU-Energiekommissars Günther Oettinger zu, dass Deutschland ein Demonstrationsprojekt für die Fracking-Technologie zulassen sollte und perspektivisch seine Importabhängigkeit von Gaslieferungen durch Fracking „auf Jahrzehnte verringern könnte“, und wie begründet die Bundesregierung ihre Haltung?
11. Abgeordneter  
**Dr. Thomas Gambke**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung öffentlich erhobene Forderungen (Rheinische Post vom 27. März 2014) nach mehr deutschen Fracking-Pilotprojekten, und inwiefern zieht die Bundesregierung in Betracht, das Verfahren zur Regulierung der

Fracking-Technologie in Anbetracht der weiterhin erfolgenden Vergabe von Lizenzen, z. B. in der Oberpfalz, zu beschleunigen?

12. Abgeordnete  
**Katja Keul**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Liegen der Bundesregierung Anfragen für Rüstungsexporte in die Ukraine vor, und wie geht die Bundesregierung mit solchen Anfragen momentan und künftig um?
13. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie oft hat die Bundesregierung in der Vergangenheit auf Grundlage des Außenwirtschaftsgesetzes Übernahmen deutscher Unternehmen durch ausländische Unternehmen im Energiewirtschaftsbereich zurückgewiesen, und mit welcher konkreten Begründung hat sie im vergangenen Jahr ihre Einwilligung zum Asset-Tausch zwischen der BASF-Tochter Wintershall und der russischen Gazprom gegeben?
14. Abgeordneter  
**Andreas Mattfeldt**  
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Lage im Verhältnis zu Russland den geplanten Verkauf der RWE Dea AG an die Investmentgesellschaft Letter One – hinter der der russische Oligarch Michail Fridman steht (vgl. Handelsblatt vom 16. März 2014 „RWE gibt Dea-Zuschlag an russischen Oligarchen“) – mit den verhängten und eventuell noch zu erwartenden weiteren Sanktionen bzw. den deutschen Interessen (Stichwort Versorgungssicherheit) für vereinbar?
15. Abgeordneter  
**Andreas Mattfeldt**  
(CDU/CSU)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung hieraus, bzw. welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, zu handeln?

### **Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

16. Abgeordnete  
**Inge Höger**  
(DIE LINKE.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung angesichts der Verurteilung von 529 Menschen zum Tode in einem einzigen Gerichtsprozess am 24. März 2014 die Rechtsstaatlichkeit Ägyptens, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung hinsichtlich ihrer Beziehungen zum ägyptischen Staat?

17. Abgeordnete  
**Inge Höger**  
(DIE LINKE.)  
Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zum Fall des anlässlich des Akademikerballs in Wien von österreichischen Behörden in Haft genommenen J. S. aus Jena hinsichtlich der Tatvorwürfe, der Rechtmäßigkeit des Verfahrens und der Haftbedingungen, und gedenkt die Bundesregierung, gegenüber der österreichischen Regierung Initiativen zu seiner Freilassung zu ergreifen (<http://m.taz.de/!134894;m/>, [www.vice.com/de/read/die-rache-der-wiener-polizei-an-den-deutschen-krawalltouristen](http://www.vice.com/de/read/die-rache-der-wiener-polizei-an-den-deutschen-krawalltouristen))?
18. Abgeordnete  
**Annette Groth**  
(DIE LINKE.)  
Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um dem seit über 500 Tagen per Ausreisesperre in Bahrain festgehaltenen deutschen Staatsbürger J. Z. konsularisch beizustehen?
19. Abgeordnete  
**Annette Groth**  
(DIE LINKE.)  
Was hat die Bundesregierung in Sachen Ausreisesperren auf Ebene der Europäischen Union unternommen?
20. Abgeordnete  
**Marieluise Beck**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Vertragsbruch des Budapester Memorandums durch Annexion der Krim durch die Russische Föderation, und was bedeutet nach Ansicht der Bundesregierung der Bruch dieses Vertrags für die zukünftige atomare Abrüstungspolitik?
21. Abgeordneter  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Folgen des Angriffs und der Schläge in Kiew durch eine Gruppe von Rechtsextremen unter Führung des Abgeordneten der Regierungspartei Swoboda, Igor Miroshnitschenko, auf den Chef des ukrainischen Staatsfernsehens, Alexander Pantelejmonow, um dessen Unterschrift unter eine Rücktrittserklärung zu erzwingen für dessen Verbleiben auf seinem Posten und für die Pressefreiheit in der Ukraine (vgl. [zeit.de](http://zeit.de) vom 19. März 2014), und was unternimmt die Bundesregierung, um Alexander Pantelejmonow zu unterstützen, ihn in seiner Position zu halten und um zukünftig solche Angriffe von Rechtsextremisten auf die Pressefreiheit in der Ukraine zu unterbinden?

22. Abgeordneter  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Resolution des EU-Parlaments vom 27. Februar 2014, welche mit überwältigender Mehrheit die Tötung von Zivilisten mittels geheimer Drohnenangriffe verurteilte (vgl. [www.reprieve.org.uk/press/2014\\_02\\_27\\_PUB\\_MEPs\\_vote\\_ban\\_drone\\_strikes/](http://www.reprieve.org.uk/press/2014_02_27_PUB_MEPs_vote_ban_drone_strikes/)), für ihre völkerrechtliche und humanitäre Bewertung der berichteten gezielten Tötungen von Menschen durch Drohnen der US-Armee bzw. des US-Geheimdienstes CIA und für die Weitergabe von Daten deutscher Sicherheitsbehörden an diese US-Stellen, und war danach die Ankündigung des Bundesministers des Auswärtigen Dr. Frank-Walter Steinmeier in der gemeinsamen Pressekonferenz vom 27. Februar 2014 mit dem US-Kollegen John Kerry verantwortbar, die Geheimdienstarbeit zwischen den USA und Deutschland werde zukünftig vertieft, gerade unter Berücksichtigung von Meldungen über die Verstrickung von US-Einrichtungen in Ramstein und von AFRICOM in Deutschland in tödliche US-Drohnenangriffe in Pakistan und im Jemen?
23. Abgeordnete  
**Christine Buchholz**  
(DIE LINKE.)
- Kann das Auswärtige Amt (AA) die Agenturmeldung bestätigen, wonach in dem vom Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier besuchten und aus Mitteln des AA finanzierten sogenannten Friedens- und Stabilitätszentrum auf dem Gelände der Afrikanischen Union (AU) in Addis Ababa künftig auch afrikanische Soldaten geschult werden sollen (dpa vom 24. März 2014), und wenn ja, kann die Bundesregierung ausschließen, dass nach Fertigstellung des Zentrums dorthin Ausbilder der Bundeswehr entsandt werden?
24. Abgeordnete  
**Christine Buchholz**  
(DIE LINKE.)
- In welchen Ländern werden seit 2008 afrikanische Kräfte im Rahmen des vom AA in Auftrag gegebenen Polizeiprogramms Afrika ausgebildet, und im Rahmen welcher AU-Missionen sind Teilnehmer dieses Programms bislang zum Einsatz gekommen?
25. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung über eine auf YouTube online gestellte Audioaufnahme vor, bei der der Außenminister Ahmet Davutoğlu, Geheimdienstchef Hakan Fidan, Unterstaatssekretär Feridun Hadi Sinirlioglu und Vizearmeechef Yaşar Güler über einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Syrien und einen notfalls geschaffenen rechtfertigenden Grund für den Angriffskrieg beraten, wie beispielsweise einen selbst vorgetäuschten Raketenbeschuss ([www.spiegel.de/politik/ausland/](http://www.spiegel.de/politik/ausland/)



tuerkei-erdogan-laesst-youtube-sperren-a-961163.html), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund der möglichen Vorbereitung eines Angriffskrieges aus völkerrechtlicher Sicht auch für den Bundeswehreinsatz in der Türkei im Rahmen der Patriotstationierung?

26. Abgeordnete  
**Sevim  
Dağdelen**  
(DIE LINKE.)

Welche eigenen Informationen (Anzahl, Kurs, Geschwindigkeit, Flughöhe, Abschussort) liegen der Bundesregierung aktuell über den Abschuss eines syrischen Kampfflugzeuges am 23. März 2014 vor, das nach Angaben türkischer Behörden den türkischen Luftraum verletzt haben soll und auf syrischem Gebiet westlich der Grenzstadt Kasab (Provinz Latakia) abgestürzt ist (dpa vom 23. März 2014), nachdem sich die Bundesregierung analog zum vermeintlichen Abschuss eines türkischen Kampfflugzeuges vom Typ F4-Phantom am 22. Juni 2012 auf die Angaben der türkischen Regierung verlassen hat ([www.fr-online.de/aegypten-syrien-revolution/syrien-krieg-luegen-und-fehler-tuerkischer-geheimdienste-,7151782,22788970.html](http://www.fr-online.de/aegypten-syrien-revolution/syrien-krieg-luegen-und-fehler-tuerkischer-geheimdienste-,7151782,22788970.html)), obwohl diese später einräumen musste, dass deren ursprüngliche Darstellung des Zwischenfalls unzutreffend war (SWP-Aktuell 1/2013), und in welcher Form war die Integrierte Luftverteidigung der NATO (NATINADS) in den Abschuss des syrischen Kampfflugzeuges involviert?

27. Abgeordneter  
**Andrej  
Hunko**  
(DIE LINKE.)

Wie hat sich die Bundesregierung gegenüber der türkischen Regierung zur Einschränkung von Twitter und YouTube geäußert, mit der die türkische Regierung auf die Veröffentlichung von Vorwürfen über Korruption und die Beratung über einen Militäreinsatz in Syrien und mögliche Rechtfertigungsgründe reagiert hat, und wie bewertet sie die Lage der Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit in der Türkei?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

28. Abgeordneter  
**Andrej  
Hunko**  
(DIE LINKE.)

Inwieweit teilt die Bundesregierung meine Ansicht, dass die Nichtbeantwortung ihrer Eingaben vom 11. Juni 2013 an die USA zu den ausufernden NSA-Spionageprogrammen sowie die Ergebnislosigkeit der zahlreichen, weiteren Nachfragen und Demarchen (beispielhaft: Bundestagsdrucksache 17/14833,

DIE WELT vom 24. März 2014) auch einer fehlenden Bereitschaft geschuldet sein könnte, mehr Druck gegenüber US-Repräsentanten auszuüben und aus meiner Sicht stattdessen zu signalisieren, man sei letztlich einverstanden mit den Überwachungsvorhaben (beispielhaft: „Friedrich erhebt Sicherheit zum ‚Supergrundrecht‘“, www.heise.de vom 17. Juli 2013; „Friedrich: Speichern von Daten dient einem ‚edlen Zweck‘“, DER TAGESSPIEGEL vom 14. Juli 2013), und inwiefern glaubt sie weiterhin daran, jemals Antworten auf die besagten Fragen zu erhalten (bitte auch darlegen, aus welchen Fakten die Bundesregierung diese Schlussfolgerung zieht)?

29. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(DIE LINKE.)

Inwieweit kann die Bundesregierung Berichte über gesundheitsgefährdende Situationen an den künftigen Sportstätten der Olympischen und Paralympischen Sommerspiele in Brasilien im Jahr 2016 (siehe „Rio schwimmt in der Scheiße“ in ZEIT ONLINE vom 21. März 2014 sowie „Olympischer Alarm in Rio“ in der Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. März 2014) bestätigen, und welche Konsequenzen ergeben sich aus Sicht der Bundesregierung daraus für die weitere Vorbereitung der Sommerspiele?

30. Abgeordnete  
**Ulla Jelpke**  
(DIE LINKE.)

Welche ermessensleitenden Vorgaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge oder einzelner Außenstellen gibt es dazu, in welchen Fällen bzw. nach welchen Kriterien syrische Asylsuchende einen internationalen Schutzstatus (Flüchtlingsanerkennung) oder aber nur einen subsidiären Schutzstatus (Abschiebungsschutz) erhalten (Dienstvorschrift, Anweisungen, mündliche Vorgaben, etwa auch in Hinblick auf die unterschiedliche Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte in Deutschland usw., bitte ausführen), und wie wird es vor dem Hintergrund des allgemeinen Flüchtlingsschicksals der syrischen Flüchtlinge und des Gleichbehandlungsgrundsatzes begründet, dass in vergleichbaren Fällen unterschiedliche Schutzstatus (mit unterschiedlichen Rechtsfolgen etwa in Bezug auf den Familiennachzug, die Aufenthaltsverfestigung usw.) gewährt werden (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 1 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/705)?

31. Abgeordneter  
**Volker Beck**  
**(Köln)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Personen unterliegen jeweils in den kommenden Jahren nach der Einigung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung (bezüglich der Optionspflicht) weiterhin der Optionspflicht, und inwiefern ist die Höhe des Verwaltungsaufwandes angesichts der Zahl derjenigen, die aufgrund der Optionspflicht die Staatsangehörigkeit verlieren würden, verhältnismäßig (bitte hierzu Zahl der prognostizierten Entzugsentscheidungen und den Verwaltungsaufwand beziffern)?
32. Abgeordnete  
**Sylvia Kötting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Bundesländerregionen waren von der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern in ihrer Stellungnahme zum atomkraftwerkebezogenen Katastrophenschutz vom Februar 2014 konkret gemeint, bei denen der Vollzug und die Umsetzung der (Rahmen-)Empfehlungen des Bundes für den nuklearen Katastrophenschutz auf Ebene der Kreise und Städte hinsichtlich der Qualität stark verbesserungsbedürftig sei (diesmal bitte konkrete Angabe), und welchen Bundesbehörden liegen die in der Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 63, Plenarprotokoll 18/19 Anlage 34, aufgezählten Berichte/Vermerke von atomkraftwerkebezogenen Katastrophenschutzübungen vor?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz**

33. Abgeordneter  
**Herbert Behrens**  
(DIE LINKE.)
- Wird sich die Bundesregierung im Sinne des Koalitionsvertrages zwischen CDU, CSU und SPD, in dem es heißt, dass sich Deutschland bei „der Neuregelung der Fluggastrechteverordnung [...] für den Erhalt des bestehenden Schutzniveaus“ einsetzt, bei den Beratungen des Rates der Europäischen Union über den Kommissionsvorschlag KOM(2013) 130 eindeutig gegen das darin – im Vergleich zur geltenden Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes zur bestehenden Fluggastrechteverordnung – vorgesehene Hochsetzen der Schwellenwerte um, je nach Distanz, mindestens zwei Stunden für Entschädigungsansprüche einsetzen (bitte mit Begründung)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

34. Abgeordnete  
**Katja Keul**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Was für Bedingungen wurden zwischen dem Internationalen Währungsfonds und der Ukraine in Verbindung mit den aktuellen Kredithilfen vereinbart, und ist es richtig, dass dabei auch die Privatisierung des Gastransportnetzes zugesagt wurde?
35. Abgeordneter  
**Dr. Axel Troost**  
(DIE LINKE.)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen des Forschungsvorhabens fe 14/11 „Evaluierung der Wirksamkeit der steuerlichen Förderung für Handwerkerleistungen nach § 35a EStG“, und erachtet es die Bundesregierung für geboten, infolge der dort festgestellten nur sehr geringen positiven Auswirkung auf die wirtschaftliche Nachfrage von Dienstleistungen, die Anspruchsvoraussetzungen für § 35a des Einkommensteuergesetzes (EStG) einzuschränken?
36. Abgeordneter  
**Dr. Axel Troost**  
(DIE LINKE.)
- Inwiefern ist es zutreffend, dass nach meiner Information hinsichtlich der Steuerfahndungsstatistiken nicht mehr wie bisher die bestandskräftigen Mehrsteuern dokumentiert werden sollen, sondern lediglich die Mehrergebnisse gemäß dem Steuerfahndungsbericht, und inwieweit sieht die Bundesregierung durch eine derartige Umstellung eine Verzerrung in der statistischen Erfassung, da aus reinen Mehrergebnissen nur sehr unzureichend abgeleitet werden kann, in welcher Höhe tatsächlich kassenwirksame Einnahmen entstanden sind?
37. Abgeordnete  
**Lisa Paus**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche die Finanzverwaltung bindenden veröffentlichten Regelungen (gemeint sind nicht unter das Steuergeheimnis fallende Verwaltungsanweisungen wie Erlasse, BMF-Schreiben etc.) sind der Bundesregierung bekannt, die sich auf die Besteuerung von einzelnen steuerpflichtigen Personen, vergleichbar dem Erlass des Niedersächsischen Finanzministeriums „Erlass betr. Umsatzsteuer; hier: Mitgliederbeiträge des ADAC“ vom 19. März 1981 (FM Niedersachsen S 7100 – 107 – 32 1), beziehen und über den Bereich der Umsatzsteuer hinausgehen (bitte einzeln auflisten)?

38. Abgeordnete  
**Lisa Paus**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Wie viele Fälle von Steuerhinterziehung durch mehrfachen Kindergeldbezug, zum Beispiel durch doppelte Kindergeldzahlungen verschiedener Bundesfamilienkassen, sind seit dem Jahr 2009 entdeckt worden (bitte nach Jahren und betroffenen Bundesfamilienkassen gesondert ausweisen), und in welcher Höhe sind in diesen Fällen Steuern durch unrechtmäßigen Mehrfachbezug von Kindergeld verkürzt worden?
39. Abgeordnete  
**Dr. Franziska Brantner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Auf welche genaue Höhe beläuft sich der finanzielle Schaden für Bund, Länder und Kommunen (bitte jeweils exakt aufschlüsseln) durch zu Unrecht in Anspruch genommenes Kindergeld von Zuwanderern aus EU-Staaten, und was unternimmt die Bundesregierung, um diesen Schaden beziffern zu können?
40. Abgeordnete  
**Dr. Franziska Brantner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Wie hoch beziffert die Bundesregierung die Kosten für ihr Vorhaben, zur Vermeidung von Missbrauch Antragstellern künftig Kindergeld nur noch unter Angabe einer Steueridentifikationsnummer auszahlen, und welche Berechnungen hat die Bundesregierung angestellt, um zu klären, ob diese Kosten auch in einem angemessenen Verhältnis zum beabsichtigten Ziel der Missbrauchs- und Betrugsbekämpfung stehen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

41. Abgeordnete  
**Brigitte Pothmer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Wie sollen nach Ansicht der Bundesregierung arbeitssuchende Unionsbürgerinnen und -bürger künftig nachweisen, dass sie sich weiterhin mit Aussicht auf Erfolg um Arbeit bemühen, um auch über die geplante generelle Befristung hinaus von ihrem Recht auf Freizügigkeit Gebrauch machen zu können, wie dies im Zwischenbericht des Staatssekretärsausschusses „Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten“ vorgeschlagen wird, und beabsichtigt die Bundesregierung, arbeitssuchenden Unionsbürgerinnen und -bürgern Zugang zu Arbeitsförderungsmaßnahmen zu gewähren?

42. Abgeordnete  
**Brigitte Pothmer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wer soll nach Ansicht der Bundesregierung künftig anhand welcher Kriterien überprüfen, ob für Unionsbürgerinnen und -bürger die Voraussetzungen des Aufenthaltsrechts zur Arbeitsuche nach Ablauf der geplanten generellen Befristung weiterhin bestehen oder nicht?
43. Abgeordneter  
**Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie und mit welcher Summe auf die einzelnen Jahre verteilt will die Bundesregierung die 200 Mio. Euro, wie von der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, anlässlich des Zwischenberichts des Staatssekretärsausschusses „Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten“ verkündet, zur Unterstützung der besonders vom Zuzug aus anderen EU-Mitgliedstaaten betroffenen Kommunen zur Verfügung stellen, und mit welcher Summe beteiligt sich das Bundesministerium für Arbeit und Soziales konkret?
44. Abgeordneter  
**Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch wird der Eigenanteil der Kommunen und Länder sein, um die finanzielle Unterstützung der Bundesregierung zur Wahrnehmung der Aufgaben der Daseinsvorsorge zu erhalten, und welche Kriterien müssen die Kommunen erfüllen, um zu den „besonders betroffenen Kommunen“ (Zwischenbericht des Staatssekretärsausschusses, Seite 8) gezählt zu werden, die bei den 200 Mio. Euro Berücksichtigung finden können?
45. Abgeordnete  
**Ulla Jelpke**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele der rumänischen Selbständigen in Deutschland bezogen zuletzt ergänzende Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben), und inwieweit lässt sich hieraus nach Ansicht der Bundesregierung der Verdacht eines missbräuchlichen Sozialhilfebezugs oder einer so genannten Scheinselbständigkeit in relevanter Größenordnung begründen (bitte darlegen)?
46. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
(Zwickau)  
(DIE LINKE.)
- Wie gestalten sich genau die Berichte aus betroffenen Kommunen, die die Bundesregierung in ihrem Zwischenbericht des Staatssekretärsausschusses „Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten“ zur Annahme kommen lässt, dass der Trend zur Scheingewerbeanmeldung „insbesondere im Transport-, Reinigungs-

oder Baubereich häufig auf Anleitung von gebietsansässigen Unternehmen zurück[geht], die durch Beauftragung von formal selbständigen Subunternehmen im Vergleich zu regulären Beschäftigungsverhältnissen Arbeitskosten einsparten“ (Seite 37 Nummer 8.3.; bitte entsprechende exemplarische Fälle anschaulicher beschreiben und wenn möglich auch Zahlen, Schätzungen zu den Betroffenen nennen), und was sind nach Ansicht der Bundesregierung die Ursachen dafür, dass dies in Deutschland möglich ist?

47. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
(Zwickau)  
(DIE LINKE.)
- Welche Beratungs- und Hilfsangebote stehen derzeit betroffenen Arbeitnehmern zur Verfügung, um sich gegen eine solche Praxis zu wehren, und welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung, entsprechende Strukturen zu schaffen bzw. auszubauen und auch schon vorausschauend in den Herkunftsländern potenzielle Zuwanderer aufzuklären?
48. Abgeordneter  
**Markus Kurth**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele der, bei der Vorstellung des Zwischenberichts des Staatssekretärsausschusses zur Armutswanderung am 25. März 2014 angekündigten, für die nächsten sieben Jahre zusätzlichen rund 60 Mio. Euro der Bundesregierung für die besonders betroffenen Kommunen erhalten voraussichtlich die Großstädte im Ruhrgebiet, und über welche konkreten Maßnahmen wird die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kosten der Großstädte im Ruhrgebiet ausgestaltet?
49. Abgeordneter  
**Markus Kurth**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Frauen mit vor 1992 geborenen Kindern werden nach Berechnungen der Bundesregierung ab dem 1. Juli 2014 noch in diesem Jahr in Altersrente gehen, und wie viele dieser Frauen profitieren aufgrund der Verrechnung mit eigenem Arbeitseinkommen nicht bzw. nur wenig von der geplanten Verbesserung der Anerkennung von Kindererziehungszeiten (bitte jeweils nach Ost- und Westdeutschland getrennt ausweisen)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft**

50. Abgeordnete  
**Bärbel Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele gesunde Tiere sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen drei Jahren aus Platzmangel oder wegen der Gefahr der Inzucht in deutschen Zoos, Tierparks oder Zirkussen getötet worden, und in wie vielen Fällen haben Einrichtungen des Bundes hiervon für Forschungszwecke profitiert?
51. Abgeordnete  
**Bärbel Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Honigimporte aus Kanada in die Europäische Union beziehungsweise nach Deutschland seit dem Jahr 2006 entwickelt (bitte auflisten nach Jahren sowie Menge in t bzw. Warenwert), und bei wie viel Prozent der kontrollierten Waren wurden Verunreinigungen mit gentechnisch veränderten Organismen festgestellt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

52. Abgeordnete  
**Agnieszka Brugger**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Verhandlungen hat es mit den USA über das Modernisierungsprogramm der US-amerikanischen Atombomben gegeben (bitte mit Datum, Ort, Verhandlungsteilnehmern und -teilnehmerinnen angeben), und wie sahen die dort getroffenen Vereinbarungen konkret aus?
53. Abgeordnete  
**Agnieszka Brugger**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass es sich bei der B61-12 um eine Atomwaffe mit neuen militärischen Fähigkeiten handelt (bitte begründen)?



**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,  
Senioren, Frauen und Jugend**

54. Abgeordnete  
**Renate  
Künast**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Warum hat die Bundesregierung entgegen ihrer Ankündigung, in den ersten 100 Tagen ein Gesetz zur Frauenquote „auf den Weg zu bringen“ (vgl. Interviews mit dem Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz Heiko Maas in DER SPIEGEL vom 6. Januar 2014, BILD am Sonntag vom 19. Januar 2014, DER TAGESSPIEGEL vom 16. März 2014), keinen Referentenentwurf bzw. Gesetzentwurf vorgelegt, sondern nur Leitlinien für das Gesetzgebungsverfahren, die wiederum nur ankündigen, dass „das Gesetzgebungsvorhaben noch in diesem Jahr auf den parlamentarischen Weg gebracht werden“ solle (Seite 14 der Leitlinien), und warum will die Bundesregierung die Geschlechterquote in Aufsichtsräten nur für Unternehmen gelten lassen, „welche börsennotiert sind und der paritätischen Mitbestimmung unterliegen“ (Seite 3 der Leitlinien), obwohl im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vereinbart wurde, „[w]ir werden börsennotierte oder mitbestimmungspflichtige Unternehmen gesetzlich verpflichten, ab 2015 verbindliche Zielgrößen für die Erhöhung des Frauenanteils im Aufsichtsrat, Vorstand und in den obersten Management-Ebenen festzulegen und zu veröffentlichen und hierüber transparent zu berichten.“ (Seite 72 des Koalitionsvertrages zwischen CDU, CSU und SPD)?





